

Aus der Gemeinderatssitzung vom 16.05.2018

Bebauungsplan „Sanierungsgebiet Eckenerstraße-Bahnhof“

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wurde der Entwurf des Bauungsplans „Sanierungsgebiet Eckenerstraße-Bahnhof“ einstimmig gebilligt und der Bebauungsplan „Sanierungsgebiet Eckenerstraße-Bahnhof“ als Satzung beschlossen.

Frau Bürgermeisterin Kugel informierte zu Beginn, dass Ziel dieses Bebauungsplanverfahrens die Sicherstellung der Sanierungsziele für das Bahnhofsareal ist, um dieses für öffentliche Interessen zugänglich zu machen und entsprechend umgestalten zu können. Die Gemeinde befinde sich mitten im Entwicklungs- und Umsetzungsprozess, wie z.B. die im Haushalt bereitgestellten Mittel für eine öffentliche WC-Anlage im Bahnhofsbereich belegen. Auch der geplante Abriss des noch bestehenden alten Schuppens neben der ehemaligen Grünen Schiene gehöre dazu. Dieses Gelände solle vorübergehend der Bevölkerung als zusätzlichen Parkraum zur Verfügung gestellt werden.

Frau Biegert vom Bauamt der Gemeinde verwies auf die bisherigen Verfahrensschritte. Erstmals wurde im Jahr 2011 der Aufstellungsbeschluss für das Sanierungsgebiet gefasst. Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes waren einzelne Flurstücke noch Bahnbetriebszwecken gewidmet und konnten daher nicht der kommunalen Planungshoheit unterliegen. In zahlreichen Gesprächen und Vorortterminen mit der Deutschen Bahn AG konnte nun zwischenzeitlich die Freistellung dieser Flurstücke erreicht bzw. in Aussicht gestellt werden. Damit ist die planungsrechtlich festgesetzte Nutzung des Bahnhofsareals sichergestellt.

Bau einer Einrichtung für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen

Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde die Verwaltung beauftragt, auf dem Grundstück Hibiskusweg Flst. Nr. 3631, Gemarkung Meckenbeuren, ein Gebäude für die Anschlussunterbringung zu planen und das erforderliche Baugenehmigungsverfahren einzuleiten.

In einem kurzen Rückblick betonte Frau Bürgermeisterin Kugel, dass sich der Gemeinderat und die Verwaltung seit vielen Wochen mit der Bereitstellung von Wohnraum für die Anschlussunterbringung intensiv beschäftigt haben.

Die Gesamtlösung wurde am 03.05.2018 im Rahmen einer Bürgerinformation der Bevölkerung ausführlich vorgestellt, begründet und diskutiert. Ebenso wurde durch Berichte in der Schwäbischen Zeitung, in den Gemeindenachrichten und auf der Homepage der Gemeinde umfassend über dieses Thema informiert. Die Bürger hatten ausreichend Zeit und Gelegenheit, sich mit ihren Fragen und Anregungen an die Verwaltung und/oder an einzelne Gemeinderäte zu wenden.

Meckenbeuren hat einen deutlichen Rückstand bei der Flüchtlingsunterbringung gegenüber anderen Gemeinden und muss nun rasch handeln. Zusammen mit dem Gemeinderat hat sich die Verwaltung für eine dezentrale und möglichst kleinräumige Unterbringung der Asylbewerber entschieden, was sich als wesentliche Grundlage für eine gelingende Integration bewährt hat.

Ordnungsamtsleiterin Bernadette Pahn informierte, dass die Gemeinde Meckenbeuren anhand einer Quote, welche anteilig der Bevölkerung berechnet wird, verpflichtet ist, bis zum Ende des Jahres 2018 zusätzlich zu den bereits vorhandenen Plätzen weitere 120 Plätze in der Anschlussunterbringung zu schaffen. Da sich durch Anmietung oder Kauf von

Wohnraum nach Einschätzung der Verwaltung diese hohe Zahl nicht decken lässt, steht die Gemeinde vor der Notwendigkeit, eine weitere Unterkunft für die Anschlussunterbringung zu bauen. Hier sollte nach bisherigen Erfahrungen die Anzahl der Plätze von max. 45 nicht überschritten werden. Nach Überprüfung aller sich im Eigentum der Gemeinde befindlichen Grundstücke hat sich herausgestellt, dass nur das Grundstück im Hibiskusweg für eine schnellstmögliche Bebauung mit einer Anschlussunterbringung geeignet ist. Dieser Standort bietet keine baurechtlichen Hindernisse, außerdem ist hier für eine gelingende Integration die notwendige Infrastruktur vorhanden: Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV-Angebot, Nähe zu Schule und Kinderbetreuungseinrichtungen, Rathaus etc.

Weiter berichtete Frau Pahn, dass seit der Bürgerinformation einzelne private Angebote zur Bereitstellung von Wohnraum eingegangen sind. Diese würden derzeit geprüft, evtl. könnten hier weitere (ca. 15) Plätze geschaffen werden.

Dr. Josef Sauter (CDU) betonte, dass die Unterbringung der Asylbewerber eine Pflichtaufgabe der Gemeinde ist und der Druck und die Erwartungshaltung des Landkreises gegenüber der Gemeinde Meckenbeuren sehr groß ist. Als Kritikpunkt nannte er, dass bei der Einladung zur Bürgerinformation die Information gefehlt habe, dass es sich um den Standort Hibiskusweg drehe. Frau Bürgermeisterin Kugel entgegnete, dass sie diese Formulierung bewusst gewählt habe, um die gesamte Bürgerschaft zu sensibilisieren und diese Gelegenheit zu nutzen, weitere Objekte zu akquirieren.

Annette Mayer sprach für die BUS-Fraktion, dass diese die Unterkunft im Hibiskusweg voll unterstützt und dies nach einem langen Findungsprozess eine gute Lösung darstelle. Die Integration der Asylbewerber sei in der Gemeinde bisher gut gelaufen und sie sei überzeugt, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Den Dank an die Verwaltung für die Durchführung der Bürgerinformation sprach Anette Kramer (FWV) aus. Den Flüchtlingen stehe zu, eine Unterkunft zu bekommen, das Grundstück im Hibiskusweg eigne sich hierfür und die geplante Unterkunft würde sich gut in die Umgebung einfügen. Ingrid Sauter (SPD) wies ebenfalls auf die Pflichtaufgabe hin und darauf, dass die Menschen dort betreut werden. Frau Scheibitz (CDU) berichtete von eigenen positiven Erfahrungen von vor 30 Jahren mit Asylbewerbern, die in nächster Nachbarschaft im damaligen Hotel Baur untergebracht waren.

Bau einer Kindertageseinrichtung in Kombination mit der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Mit einer Enthaltung wurde beschlossen, dass auf dem Grundstück Flst. Nr. 3616 (Jasminweg) eine Kindertageseinrichtung in Kombination mit bezahlbarem Wohnraum entstehen soll. Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür ein Konzept sowie einen Zeitplan zu erarbeiten.

Hauptamtsleiterin Kathrin Schütz gab einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation bei den Kita-Plätzen in der Gemeinde. Durch die Realisierung von Neubaugebieten entsteht Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von 1-3 Jahren (U3) und für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt (Ü3). Auch mit der Eröffnung der neuen Kindertagesstätte im Wohnpark St. Georg sowie mit der beabsichtigten Realisierung der Waldgruppe kann der Bedarf an Betreuungsplätzen voraussichtlich bereits ab dem Jahr 2019 nicht mehr vollumfänglich gedeckt werden. Ein Neubau muss nach jetzigem Stand für mindestens zwei Kita- und eine Krippengruppe vorgesehen werden, womit etwa 70 Kita-Plätze geschaffen werden könnten. Eine Erweiterung um eine zusätzliche Gruppe solle auf

jeden Fall möglich sein. Wichtig ist aus Sicht der Verwaltung, die Kindertagesstätte wohnortnah zu realisieren.

Ebenso ist ein eklatanter Anstieg der Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum zu verzeichnen, der nicht nur sozial schwache Familien und Personen, sondern verschiedenste Bevölkerungsschichten betrifft.

Da das Grundstück aufgrund der Vorgaben des Bebauungsplanes dreigeschossig bebaubar ist, könnte somit die Kindertageseinrichtung im Erdgeschoss realisiert und in den oberen Geschossen bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Antrag von Frau Stephanie Metzke auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat

Einstimmig wurde festgestellt, dass bei Frau Stephanie Metzke ein wichtiger Grund gem. § 16 Abs. 1 GemO für das Ausscheiden aus dem Gemeinderat vorliegt. Sie scheidet damit mit Ablauf des 16.05.2018 aus dem Gemeinderat aus. Frau Metzke wird ihren Wohnsitz in eine Nachbargemeinde verlegen. Damit verliert sie die Wählbarkeitsvoraussetzungen für den Gemeinderat.

Frau Bürgermeisterin Kugel und die SPD-Fraktionsvorsitzende Frau Ingrid Sauter bedankten sich bei Frau Metzke für ihr ehrenamtliches Engagement und wünschten ihr für ihre berufliche und private Zukunft alles Gute.

Abschließend signalisierte Frau Bürgermeisterin Kugel Verständnis für die Fragen der zahlreichen Besucher und zeigte sich zuversichtlich, dass gemeinsam mit den Anliegern verträgliche Lösungen entwickelt werden können.